



259 Bericht von Adriana Cardozo Silva, Christopher Prömel und Sabine Zinn

Geflüchtete in Deutschland fühlten sich in der Corona-Pandemie stärker diskriminiert als zuvor

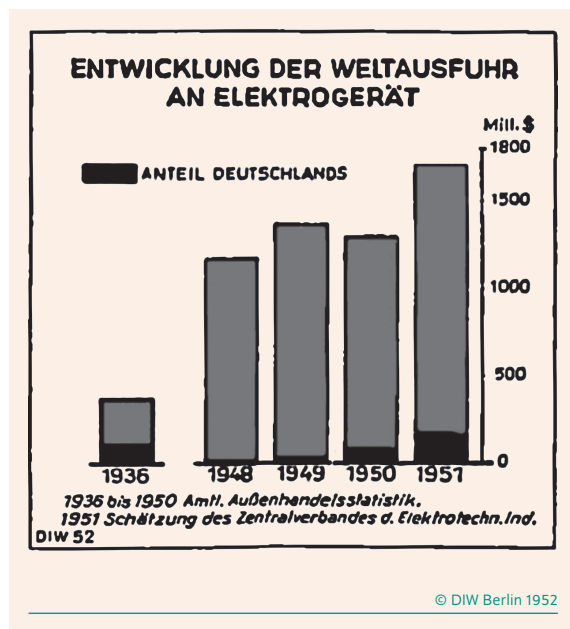
- Geflüchtete nahmen Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft 2020 stärker wahr als noch 2019
- Empfundene Benachteiligung ist besonders bei der Arbeitssuche und in Bildungseinrichtungen gestiegen
- Vier beziehungsweise drei von zehn Befragten fühlten sich 2020 in diesen Bereichen diskriminiert

269 Interview mit Adriana Cardozo Silva

272 Kommentar von Marcel Fratzscher

Frankreich-Wahl: Kein guter Tag für Europa

Der deutsche Elektroexport im internationalen Wettbewerb



Mit der zunehmenden Elektrifizierung des Wirtschaftslebens im letzten Jahrzehnt hat auch der Bedarf an elektrotechnischem Gerät stark zugenommen, eine Entwicklung, die sowohl die Gründung von neuen Produktionsstätten in früheren Elektroimportländern begünstigte als auch in den führenden Industriestaaten Exportsteigerungen auf dem Elektrogebiet weit über den Vorkriegsstand hinaus ermöglichte.

Infolge des steigenden Elektrifizierungsgrades besteht seit Kriegsende vor allem ein größerer Bedarf an Produktionsgütern als früher. Das gilt insbesondere für Stromerzeugungsanlagen, schwere Antriebsmotoren, fernmeldetechnische und elektrotechnische Spezialausrüstungen. Der Exportanteil dieser Produktionsgüter am Weltelektroexport ist von zwei Dritteln im Jahre 1936 auf mehr als drei Viertel im Jahre 1950 gestiegen. Demgegenüber ist im gleichen Zeitraum unter dem Einfluss der Industrialisierung in den ehemaligen Elektroimportländern, die Glühlampen, elektrische Haushaltsgeräte, Rundfunkapparate und leichte Elektromotoren selbst herzustellen begonnen haben, der Bezug dieser Verbrauchsgüter auf dem Weltmarkt anteilig entsprechend zurückgegangen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 18 vom 2. Mai 1952

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 4. Mai 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Clara Schäper

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

AUF EINEN BLICK

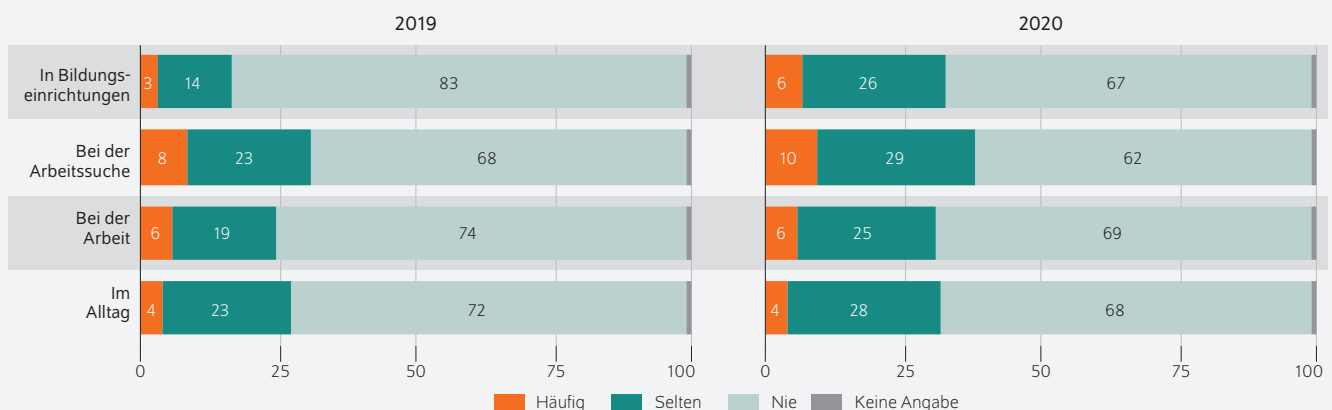
Geflüchtete in Deutschland fühlten sich in der Corona-Pandemie stärker diskriminiert als zuvor

Von Adriana Cardozo Silva, Christopher Prömel und Sabine Zinn

- Geflüchtete nahmen Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft im Jahr 2020 stärker wahr als noch 2019
- Wahrgenommene Benachteiligung hat besonders bei der Arbeitssuche und in Bildungseinrichtungen zugenommen, aber auch leicht bei der Arbeit und im Alltag
- Bei der Arbeitssuche fühlten sich 2020 vier von zehn Befragten diskriminiert, in den anderen Bereichen jeweils drei von zehn
- Geflüchtete, die in Ostdeutschland leben, jünger als 40 Jahre sind oder schlechtere Sprachkenntnisse aufweisen, fühlten sich stärker diskriminiert als andere
- Integrationsmaßnahmen, die durch die Pandemie unterbrochen oder eingestellt wurden, müssen schnellstmöglich wieder aufgenommen werden

Während der Corona-Pandemie fühlten sich Geflüchtete in Deutschland in allen untersuchten Lebensbereichen stärker diskriminiert als zuvor

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund von Herkunft 2019 und 2020, Anteile in Prozent



ZITAT

„Es ist wichtig, weiterhin gezielt in staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Geflüchteten zu investieren. Dazu gehören zum Beispiel vertiefende Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse sowie auch Beratungen, die es Geflüchteten ermöglichen, fehlende soziale Netzwerke und Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu kompensieren.“ — Adriana Cardozo Silva —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Adriana Cardozo Silva
www.diw.de/mediathek

Geflüchtete in Deutschland fühlten sich in der Corona-Pandemie stärker diskriminiert als zuvor

Von Adriana Cardozo Silva, Christopher Prömel und Sabine Zinn

ABSTRACT

Geflüchtete in Deutschland fühlen sich in verschiedenen Lebensbereichen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Dies kann ihre Integration nachhaltig beeinträchtigen. Dieser Bericht analysiert auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, inwieweit sie Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt, in Bildungseinrichtungen, auf dem Wohnungsmarkt, gegenüber öffentlichen Institutionen und im Alltag wahrnehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass die wahrgenommene Diskriminierung in den Jahren 2019 und 2020 in allen untersuchten Bereichen zugenommen hat, insbesondere bei der Arbeitssuche und in Bildungseinrichtungen. Geflüchtete, die in Ostdeutschland leben, jünger als 40 Jahre sind oder schlechtere Sprachkenntnisse aufweisen, und erwerbstätige Frauen fühlten sich 2019 stärker benachteiligt als andere Geflüchtetengruppen. Die Zunahme der wahrgenommenen Diskriminierung hängt sehr wahrscheinlich mit den abrupten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie mit der Abschaffung wichtiger Integrationsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie zusammen. Daher ist es unabdingbar, Integrationsmaßnahmen, die durch die Pandemie unterbrochen oder eingestellt wurden (wie Sprach- und Integrationskurse), so schnell wie möglich wieder vollumfänglich aufzunehmen, um der Ausgrenzung und Marginalisierung von Geflüchteten entgegenzuwirken.

Die hohe Fluchtzuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 hat politische und wissenschaftliche Debatten über die Integration von Geflüchteten in Deutschland ausgelöst, die noch immer andauern.¹ Bestehende Studien zeigen, dass Diskriminierung ein Hindernis für die Integration in die Aufnahmegesellschaft darstellt, wobei Geflüchtete im Vergleich zu den meisten anderen Migrantengruppen stärker von Diskriminierung betroffen sind.²

Auf der Grundlage neuester Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten analysiert dieser Bericht die wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten in Deutschland in den Jahren 2019 und 2020 (Kasten). Die Befragung ist die erste für Deutschland, die auf einer umfassenden und repräsentativen Stichprobe Geflüchtete zu ihren Wahrnehmungen von Benachteiligung aufgrund ihrer Herkunft befragt. Dabei werden insgesamt sieben Bereiche betrachtet: Die empfundene Benachteiligung bei der Arbeitssuche, während der Arbeit oder eines Praktikums, in der Schule oder einer anderen Bildungsstätte, bei der Wohnungssuche, bei Behörden, im Kontakt mit der Polizei und im Alltag.

Für die unterschiedlichen Analysen werden zwei Stichproben genutzt. Um zu untersuchen, wie sich die wahrgenommene Diskriminierung anhand von persönlichen und haushaltsspezifischen Merkmalen unterscheidet, werden Querschnittsdaten aus dem Jahr 2019 verwendet, welche die volle Stichprobe von 3 993 Personen umfassen. Um wahrgenommene Diskriminierung über die Zeit, also in den Jahren 2019 und 2020, in den Bereichen Arbeitssuche, bei der Arbeit, in Bildungseinrichtungen und im Alltag zu untersuchen, werden Längsschnittdaten verwendet. Insgesamt werden 2 455 Personen, die über ihre Diskriminierungserfahrungen im Zeitverlauf berichtet haben, untersucht. Diskriminierungserfahrungen in den Bereichen Wohnungssuche, Kontakt mit Behörden und mit der Polizei werden dabei ausschließlich

¹ Susanne Worbs, Eva Bund Axel Böhm (2016): Asyl – und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland. BAMF-Flüchtlingsstudie 2014. Forschungsbericht 28.

² Daniel Diekmann und Karim Fereidooni (2019): Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen geflüchteter Menschen in Deutschland: Ein Forschungsüberblick. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung, 3(2), 343–360.

vor dem Einsetzen der Pandemie betrachtet. Grund dafür ist, dass diese Bereiche in der Studie im Jahr 2020 nicht abgefragt wurden.

Geflüchtete nehmen Diskriminierung unterschiedlich wahr

Die Analyse von Diskriminierung ist besonders wichtig, wenn es um die Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft geht, da sie unter anderem deren Beschäftigungsmöglichkeiten sowie den Zugang zu Gesundheitsleistungen, Bildung und Wohnraum beeinflusst. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt geht oft mit niedrigeren Löhnen und weniger Stellenangeboten einher sowie mit der Beschäftigung in Berufen, die geringere Qualifikationen erfordern.³ Somit kann Diskriminierung die Erwerbsbeteiligung und die Motivation für Aus- und Weiterbildung beeinträchtigen. Forschung im Bereich der Psychologie zeigt außerdem, dass ein höheres Maß an Diskriminierung mit einem höheren Maß an psychischem Stress verbunden ist und die psychische Gesundheit von Menschen gefährdet.⁴ Die wahrgenommene Diskriminierung unterscheidet sich jedoch von der tatsächlichen Diskriminierung. Letztere ist schwer zu messen, weil sie oft versteckt oder in subtilen Formen abläuft.⁵ Daher ist die wahrgenommene Diskriminierung trotz ihres subjektiven Charakters das am häufigsten verwendete Maß in wissenschaftlichen Studien. Obwohl diese nicht unbedingt die tatsächliche Diskriminierung widerspiegelt, ist sie stark mit ihr korreliert. Zudem beeinflusst sie Entscheidungen von Menschen, die nach dem handeln, was sie als real empfinden.⁶ Studien zur Wahrnehmung von Diskriminierung aufgrund der Herkunft – auch solche, die auf SOEP-Daten für andere Zuwanderergruppen beruhen – mahnen jedoch zur Vorsicht bei der Interpretation der Ergebnisse: Die Wahrnehmung ist von Person zu Person sehr unterschiedlich und kann auch verschiedene Faktoren umfassen, die nicht direkt mit der Herkunft zusammenhängen. Außerdem kann Diskriminierung aus einer Kombination mehrerer Gründe erfolgen (Mehrfachdiskriminierung). Zum Beispiel können geflüchtete Frauen aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Herkunft gleichzeitig diskriminiert werden.⁷ Zusätzlich gibt es Belege dafür, dass die Diskriminierung bei jüngeren Geflüchteten ausgeprägter ist⁸ und dass Menschen mit einem höheren Bildungsniveau

³ Christian Dustmann, Uta Schönberg und Jan Stuhler (2016): The Impact of Immigration: Why Do Studies Reach Such Different Results? *Journal of Economic Perspectives* 30 (4), 31–56.

⁴ Kimberly Matheson et al. (2019): Traumatic experiences, perceived discrimination, and psychological distress among members of various socially marginalized groups. *Frontiers in Psychology* 10(416), 1–16.

⁵ Claudia Diehl, Elisabeth Liebau und Peter Mühlau (2021): How Often Have You Felt Disadvantaged? Explaining Perceived Discrimination. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 73, 1–24.

⁶ Jan-Philip Steinmann (2019): The paradox of integration. Why do higher educated new immigrants perceive more discrimination in Germany? *Journal of Ethnic and Migration Studies* 45(9), 1377–1400.

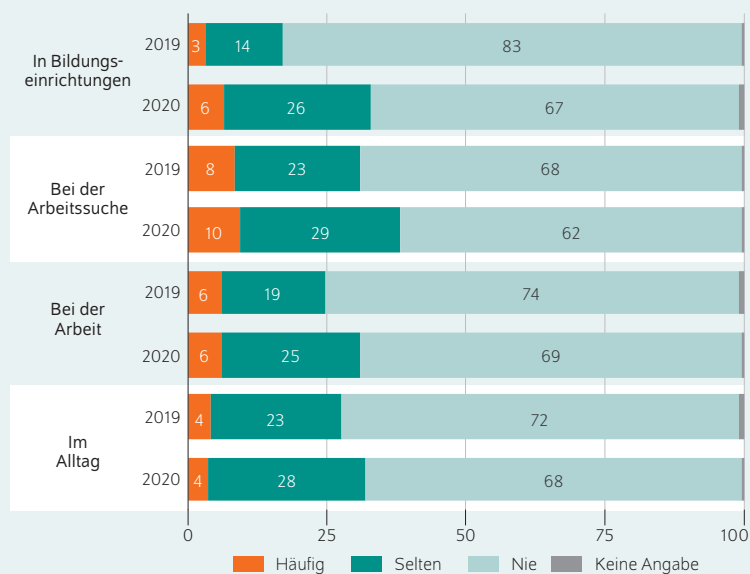
⁷ Eileen Pittaway und Linda Bartolomei (2001): Refugees, Race, and Gender: The Multiple Discrimination against Refugee Women. *Refuge: Canada's Journal on Refugees*, 19(6), 21–32.

⁸ Merlin Schaeffer (2019): Social Mobility and Perceived Discrimination: Adding an Intergenerational Perspective. *European Sociological Review* 35(1), 65–80.

Abbildung 1

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft in den Jahren 2019 und 2020

Anteile in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Längsschnitt 2019 und 2020).

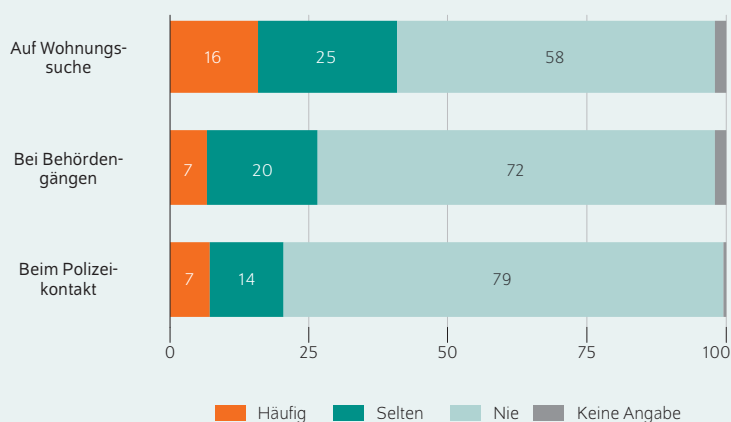
© DIW Berlin 2022

Wahrgenommene Benachteiligungen sind im Jahr 2020 gegenüber 2019 sichtbar gestiegen.

Abbildung 2

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft im Jahr 2019

Anteile in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

© DIW Berlin 2022

Auf dem Wohnungsmarkt fühlten sich Geflüchtete besonders oft diskriminiert.

Kasten

Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Die Befragung von Geflüchteten besteht aus mehreren Teilstichproben, die aus dem Ausländerzentralregister gezogen wurden.¹ Die Zielpopulation sind Schutzsuchende, die zwischen Januar 2013 und Januar 2016 nach Deutschland eingewandert sind und bis einschließlich Juni 2016 in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben, sowie Schutzsuchende, die zwischen Februar 2016 und Ende Dezember 2016 in Deutschland angekommen sind und bis zum Januar 2017 einen Asylantrag gestellt haben.²

Die befragten Geflüchteten sind vergleichsweise jung, wohnen überwiegend in Westdeutschland und sind zu etwa zwei Dritteln Männer (Tabelle). Mehr als die Hälfte kam 2015 nach Deutschland und etwa 45 Prozent sind syrischer Herkunft. Die Anteile der grundlegenden Merkmale der Geflüchteten für das Jahr 2020 unterscheiden sich nicht wesentlich vom Jahr 2019, mit zwei Ausnahmen: Der Anteil der Familien mit Kindern ist von 2019 auf 2020 von 39 auf 44 Prozent gestiegen, während der Anteil der Alleinlebenden gesunken ist. Zudem verbesserten sich wie erwartet die Sprachkenntnisse der Geflüchteten mit der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland, was sich in einem höheren Anteil von Geflüchteten widerspiegelt, die ihre Deutschkenntnisse als hoch einstufen (4,4 Prozentpunkte höher im Jahr 2020).

Zur Analyse von Diskriminierungserfahrungen wurden die Daten der Jahre 2019 und 2020 analysiert. Im Jahr 2020 fand die Umfrage hauptsächlich nach Beginn der Corona-Pandemie statt und zum größten Teil in der zweiten Hälfte des Jahres. Sie umfasst daher auch die Wahrnehmungen von Geflüchteten während der Pandemie. Befragte konnten ihre empfundene Diskriminierung dabei als „häufig“, „selten“ oder „nie“ einstufen. Folgende Fragen flossen in die Analyse ein:

- Haben Sie in den letzten beiden Jahren eine Arbeit, einen Ausbildungsplatz oder einen Praktikumsplatz gesucht? Wenn ja, wie häufig kam es dabei vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (bei der Arbeitssuche)
- Haben Sie in den letzten beiden Jahren eine Schule oder Hochschule besucht oder eine andere Ausbildung gemacht? Wenn ja, wie häufig kam es dabei vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (in Bildungseinrichtungen)
- Hatten Sie in den letzten beiden Jahren einen Arbeitsplatz, Ausbildungsplatz oder einen Praktikumsplatz? Wenn ja, wie häufig kam es dabei vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (bei der Arbeit)
- Und wie war das in den letzten zwei Jahren im Alltag: Wie häufig kam es zum Beispiel beim Einkaufen, in der U-Bahn oder im Bus vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (im Alltag)
- Haben Sie in den letzten beiden Jahren eine Wohnung gesucht? Wenn ja, wie häufig kam es dabei vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (bei der Wohnungssuche)
- Hatten Sie in den letzten beiden Jahren Kontakt zu Ämtern oder Behörden? Wenn ja, wie häufig kam es dabei vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (beim Behördengang)
- Hatten Sie in den letzten beiden Jahren Kontakt zur Polizei? Wenn ja, wie häufig kam es dabei vor, dass Sie aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt wurden? (Polizei)

Als Personen mit Diskriminierungserfahrungen zählen hierbei diejenigen, die auf die entsprechende Frage mit „selten“ oder „häufig“ geantwortet haben.

1 Die Befragung wird aus Mitteln des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit, die dem Forschungshaushalt des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zugewiesen sind, und aus Mitteln des Haushalts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert. Ferner tragen alle drei beteiligten Forschungseinrichtungen mit Personalmitteln zur Befragung bei.

2 Simon Kühne, Jannes Jacobsen und Martin Kroh (2019): Sampling in Times of High Immigration: The Survey Process of the IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees. Survey Methods: Insights from the Field. Swiss Foundation for Research in Social Sciences. (online verfügbar, abgerufen am 6. Januar 2022).

und besseren Sprachkenntnissen Diskriminierung besser erkennen können.⁹

Um kontextuelle Faktoren wie tiefgreifende wirtschaftliche oder soziale Veränderungen nach der Corona-Pandemie zu erfassen, wird die wahrgenommene Diskriminierung im Jahr 2019 mit der im Jahr 2020 verglichen. Gerade in den ersten Monaten der Pandemie waren Geflüchtete in Deutschland einem hohen Maß an psychischem Stress ausgesetzt.¹⁰

Zum einen hatten sie oft aufgrund prekärer Arbeits- und Wohnverhältnisse ein höheres Infektionsrisiko.¹¹ Zum anderen wurden sie auch Zielscheibe fremdenfeindlicher Diskurse und Gewalt.¹² So kam es nach Angaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Laufe der Pandemie zu einem beispiellosen Anstieg von Anfragen zu Diskriminierung

9 Steinmann (2019), a. a. O.

10 Eva Spiritus-Beerden et al. (2021): Mental Health of Refugees and Migrants during the Covid-19 Pandemic: The Role of Experienced Discrimination and Daily Stressors. International Journal of Environmental Research and Public Health, 18(12), 1–14.

11 Theresa Entringer et al. (2021): Geflüchtete sind auch in der Corona-Pandemie psychisch belastet und fühlen sich weiterhin sehr einsam. DIW Wochenbericht Nr. 12, 227–232 (online verfügbar, abgerufen am 10. März 2022).

12 Petra Bendel, Yasemin Bekyol und Marlene Leisenheimer (2021): Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie. Institut für Politische Wissenschaft. Forschungsbereich Migration, Flucht und Integration. Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg (online verfügbar, abgerufen am 21. April 2022).

Tabelle

Untersuchte Geflüchtete nach verschiedenen Merkmalen

Querschnittsdaten von 2019; Anteile in Prozent

	Anteil	95-Prozent-Konfidenzintervall	
		Untere Grenze	Obere Grenze
Geschlecht			
Mann	68,2	65,9	70,5
Frau	31,8	29,6	34,1
Wohnort			
Westdeutschland	85,6	83,7	87,3
Ostdeutschland	14,4	12,7	16,3
Alter			
Jünger als 30 Jahre	48,8	46,3	51,4
30 bis 39 Jahre	30,6	28,3	32,9
40 Jahre und älter	20,6	18,9	22,5
Zuzugsjahr			
Vor 2015	17,4	15,5	19,4
2015	56,2	53,7	58,8
Nach 2015	26,4	24,1	28,8
Herkunft			
Syrien	45,4	42,9	47,9
Andere Länder	54,6	52,1	57,1
Haushaltstyp			
Alleinlebend	37,7	35,1	40,3
Paar mit Kind(ern)	39,4	37,1	41,8
Sonstige	22,9	20,8	25,1
Deutschkenntnisse			
Niedrig	21,4	19,5	23,5
Mittel	35,6	33,2	38,1
Hoch	42,9	40,4	45,5

Anmerkungen: Die Stichprobe umfasst 3 993 Personen. Die Anteile unterscheiden sich für das Jahr 2020 nicht wesentlich. Die Deutschkenntnisse basieren auf Selbsteinschätzungen der Geflüchteten und werden als Durchschnitt der eigenen Bewertung in den Sprech-, Schreib- und Lesekompetenzen gebildet. Das Konfidenzintervall gibt den Bereich an, der mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den Parameter einer Verteilung einer Zufallsvariable einschließt. Ein häufig verwendetes Konfidenzniveau ist 95 Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

© DIW Berlin 2022

aus rassistischen Gründen.¹³ Es ist daher zu erwarten, dass die Wahrnehmung von Diskriminierung zugenommen hat, obwohl es sehr schwierig ist zu überprüfen, inwieweit dies mit tatsächlicher Diskriminierung einhergeht.

Geflüchtete nahmen Diskriminierung im Jahr 2020 verstärkt wahr

Der Vergleich der Jahre 2019 und 2020 zeigt, dass in den Bereichen Arbeitssuche, Bildungseinrichtungen, Arbeit oder Ausbildungsplatz und Alltag die wahrgenommene

Benachteiligung sichtbar gestiegen ist (Abbildung 1). Am stärksten war der Anstieg im Bereich Bildungseinrichtungen, wo sich der Anteil an Geflüchteten, die sich diskriminiert fühlen, nahezu verdoppelte.

Grund für diese Erfahrungen sind sehr wahrscheinlich die sehr restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die im Jahr 2020 in den Bildungseinrichtungen verhängt wurden. So wurden die Präsenzlehre beinahe flächendeckend eingestellt und Sprach- sowie Integrationskurse unterbrochen. In Teilen wurde zwar Beschulungsmaterial digital und online zur Verfügung gestellt. Doch fehlte es in vielen Geflüchtetenhaushalten an der entsprechenden technischen Ausstattung, um auf die Materialien überhaupt zugreifen zu können.¹⁴ Zugrundeliegende Sprachbarrieren und die fehlende Interaktion mit den Kursveranstaltern dürften es den Geflüchteten zusätzlich erschwert haben, den Bildungsangeboten folgen zu können.

Am zweitstärksten war die Zunahme der Wahrnehmung von Benachteiligung bei der Arbeitssuche (acht Prozentpunkte), gefolgt von Diskriminierung am Arbeitsplatz (sechs Prozentpunkte). Hintergrund dürfte sein, dass Geflüchtete häufiger als Einheimische in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und zu einem höheren Anteil in Branchen tätig sind, die stark von der Pandemie getroffen wurden. Viele dieser Tätigkeiten fielen im Zuge der Corona-Maßnahmen weg und es kam zu Entlassungen¹⁵ – zum Beispiel in der Gastronomie- und Tourismusbranche. Davon waren Geflüchtete aufgrund vermehrter befristeter Beschäftigung sowie geringerer Arbeitserfahrung und Qualifizierung stärker betroffen als Einheimische, die eher in Kurzarbeit gehalten wurden. Zusätzlich schränkte die Pandemie den Zugang zu Praktika ein sowie zu Beratungsstellen und Messen, die die Suche nach einem Ausbildungsplatz erleichtern sollen. Dies betraf überproportional diejenigen, die mit dem deutschen Arbeitsmarkt nicht vertraut waren und nicht über ausreichende soziale Netzwerke verfügten.¹⁶ Außerdem führte der Wegfall der Integrations- und Sprachkurse zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Geflüchteten, da sie während solcher arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht als arbeitslos gelten, diese aber nun wegfielen.¹⁷

Auch bei alltäglichen Angelegenheiten stieg die wahrgenommene Benachteiligung um fünf Prozentpunkte. Geflüchtete sahen sich im Jahr 2020 größeren Integrationsbarrieren gegenüber als noch im Jahr 2019: Zugänge zu Einkaufsmöglichkeiten waren beschränkt und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nur unter bestimmten Bedingungen möglich (mit Maske und unter Einhaltung von Abstandsregeln).

¹⁴ UN Refugee Agency (2020): Coming Together For Refugee Education. Education Report 2020 (online verfügbar, abgerufen am 18.03.2022).

¹⁵ Herbert Brücker et al. (2021): Die Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19-Pandemie auf Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten. IAB-Forschungsbericht Nr. 5. (online verfügbar, abgerufen am 3. März 2022).

¹⁶ Bendel, Bekyol und Leisenheimer (2021), a. a. O.

¹⁷ Brücker et al. (2021), a. a. O.

¹³ Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2021): Jahresbericht 2020 (online verfügbar, abgerufen am 21. April 2022).

Tabelle

Geflüchtete nach untersuchten Lebensbereichen und ausgewählten Merkmalen

Querschnittsdaten von 2019; Anteile in Prozent

	Geschlecht		Wohnort		Alter			Deutschkenntnisse		
	Mann	Frau	West	Ost	<30	30–39	40+	Niedrig	Mittel	Hoch
In Arbeit										
Ja	54	17	45	32	48	44	29	21	39	57
Nein	46	83	55	68	52	56	71	78	61	43
Auf Arbeitssuche										
Ja	62	26	54	39	59	50	37	30	50	63
Nein	38	73	46	61	41	49	63	69	50	37
In Bildungseinrichtung										
Ja	25	15	22	20	33	13	9	5	13	38
Nein	75	85	78	80	67	86	91	94	87	62
Auf Wohnungssuche										
Ja	58	48	58	35	55	59	49	52	57	55
Nein	42	52	42	64	45	41	51	47	43	45
Auf Behördengang										
Ja	84	77	81	87	84	81	79	78	81	84
Nein	16	23	18	13	16	18	21	21	18	15
Hatte Polizeikontakt										
Ja	18	15	16	20	18	16	15	14	18	17
Nein	82	85	83	80	82	83	85	86	82	83

Anmerkung: Der auf „keine Angabe“ entfallene Anteil liegt in allen Fällen nahe Null und wird daher in dieser Tabelle nicht gezeigt.

Lesebeispiel: Im Jahr 2019 waren von den geflüchteten Männern in der Stichprobe 54 Prozent erwerbstätig und 46 Prozent nicht erwerbstätig.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

© DIW Berlin 2022

Mit nur beschränkten Sprachkenntnissen, eingeschränkten sozialen Kontakten und/oder mangelnder Unterstützung durch andere dürften sich viele der Auflagen der Pandemiezeit für Geflüchtete in ihrem Alltag als hinderlicher erwiesen haben als für die einheimische Bevölkerung.

In den Bereichen, die nur im Jahr 2019 erfragt wurden, zeigt sich, dass die wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt besonders hoch ist (Abbildung 2). Dies liegt womöglich an den angespannten Wohnungsmärkten, gerade in städtischen Lagen, die die Wohnungssuche erschweren. Dagegen fiel die wahrgenommene Benachteiligung in den anderen beiden Bereichen, also in Behörden und Ämtern und beim Kontakt mit der Polizei, niedriger, wenn auch immer noch substantiell aus.

Frauen fühlen sich auf dem Arbeitsmarkt häufiger diskriminiert

Da sich die Wahrnehmung von Diskriminierung zwischen Geflüchteten stark unterscheiden kann, werden Faktoren wie Geschlecht, Wohnort, Alter und Deutschkenntnisse in die Analyse einbezogen. Diese beeinflussen die empfundene Diskriminierung wesentlich. Dafür eignen sich besonders die Daten aus dem Jahr 2019, da diese die wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten in mehr Bereichen und damit weiträumiger wiedergeben.

Die Lebensrealität von männlichen und weiblichen Geflüchteten in Deutschland unterscheidet sich deutlich: So waren 2019 Männer weit häufiger erwerbstätig (54 versus 17 Prozent), suchten Arbeit (62 versus 26 Prozent) oder besuchten eine Bildungseinrichtung (25 versus 15 Prozent). Auch suchten sie häufiger eine Wohnung als Frauen (58 versus 48 Prozent) und hatten Behördenkontakt (84 versus 77 Prozent) oder Polizeikontakt (18 versus 15 Prozent, Tabelle).

Dennoch zeigt sich, dass geflüchtete Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, häufiger Diskriminierung erleben als erwerbstätige geflüchtete Männer. So berichteten rund 35 Prozent der geflüchteten Frauen über Diskriminierung bei der Arbeit, während der entsprechende Anteil bei den Männern bei 25 Prozent lag (Abbildung 3). Auch bei der Arbeitssuche erfuhren geflüchtete Frauen weit häufiger Diskriminierung als geflüchtete Männer (41 versus 32 Prozent).

In Bezug auf die anderen untersuchten Lebensbereiche Wohnungssuche, Behörden- und Polizeikontakt sowie Alltag zeigten sich weniger deutliche Unterschiede in der Diskriminierungswahrnehmung zwischen Männern und Frauen. So berichteten Frauen häufiger von Diskriminierung beim Polizeikontakt, männliche Geflüchtete jedoch häufiger beim Kontakt mit Ämtern und Behörden. Bei der Wohnungssuche und im Alltag zeigten sich keine wesentlichen geschlechter-spezifischen Unterschiede.

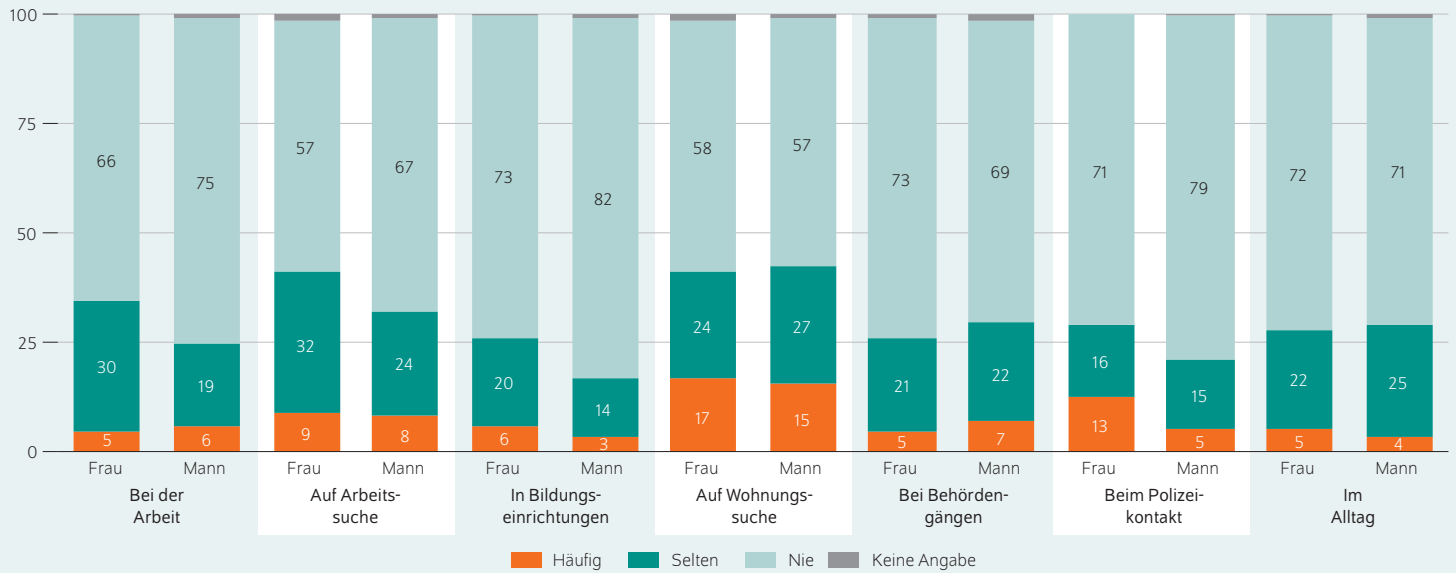
Geflüchtete im Osten Deutschlands sehen sich stärker Diskriminierung ausgesetzt als jene im Westen

Geflüchtete, die in Westdeutschland leben, waren im Jahr 2019 weit häufiger erwerbstätig als jene, die in Ostdeutschland ansässig sind (45 versus 32 Prozent). Ebenso waren sie auch häufiger auf Arbeitsplatzsuche (54 versus 39 Prozent). Hingegen zeigten sich in Bildungseinrichtungen keine bedeutsamen Unterschiede. Für dieses Ungleichgewicht ist mutmaßlich der schwächere Arbeitsmarkt in Ostdeutschland verantwortlich. Die Geflüchteten, die in Ostdeutschland entweder erwerbstätig oder auf Arbeitssuche sind oder in Bildungseinrichtungen beschult werden, nahmen im Vergleich zu den Geflüchteten in Westdeutschland eine deutlich stärkere Diskriminierung wahr (Abbildung 4). Besonders stark zeigt sich dies bei der Arbeitsplatzsuche, wo 2019 über 50 Prozent der Geflüchteten im Osten Deutschlands Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft wahrnahmen, aber nur etwas über 30 Prozent im Westen des Landes. Bei der Arbeit (33 versus 25 Prozent) und in Bildungseinrichtungen (26 versus 18 Prozent) fiel der Unterschied zwar kleiner aus, war aber immer noch substantiell. Auch außerhalb des Arbeits- und Ausbildungsmarkts zeigen sich teils deutliche Unterschiede in der empfundenen Benachteiligung zwischen Ost- und Westdeutschland. Dies wurde besonders im alltäglichen Leben ersichtlich. Hier berichteten 2019 insgesamt 55 Prozent der Geflüchteten in Ostdeutschland von Diskriminierungserfahrungen, während der Anteil von Geflüchteten mit Diskriminierungserfahrungen in Westdeutschland mit 24 Prozent im selben Jahr deutlich geringer ausfiel. Aber

Abbildung 3

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft nach Geschlecht im Jahr 2019

Anteile in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

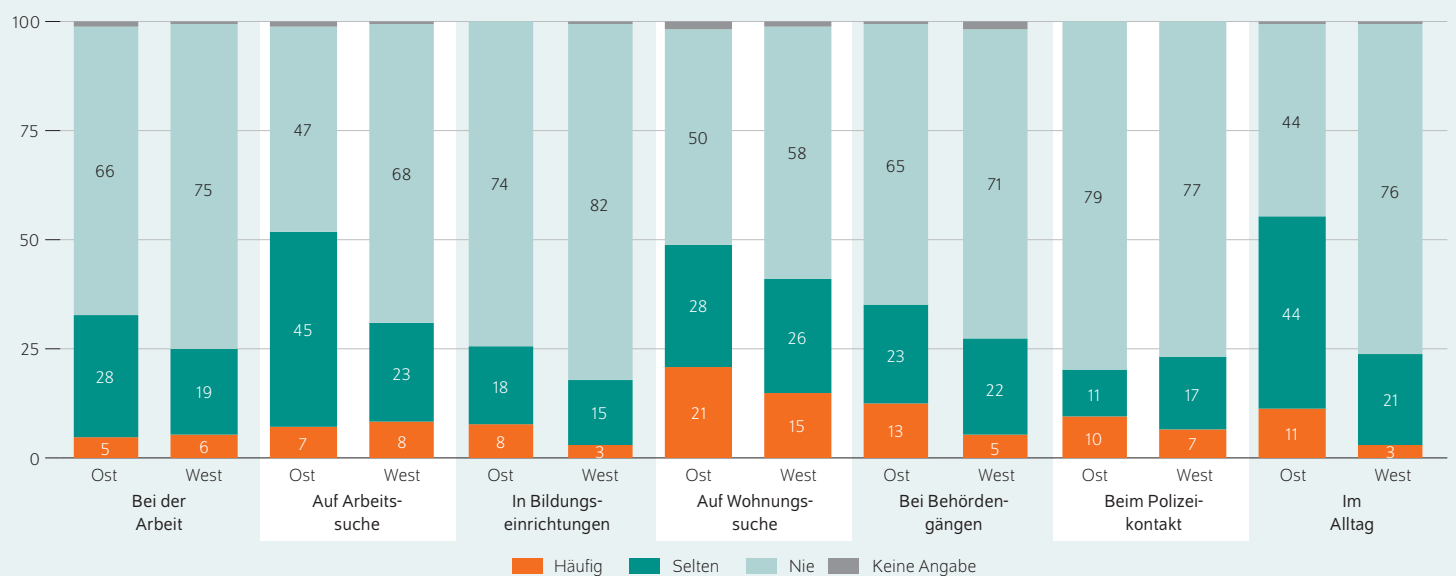
© DIW Berlin 2022

Vor allem auf dem Arbeitsmarkt empfanden geflüchtete Frauen mehr Diskriminierung als geflüchtete Männer.

Abbildung 4

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft nach Wohnort im Jahr 2019

Anteile in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

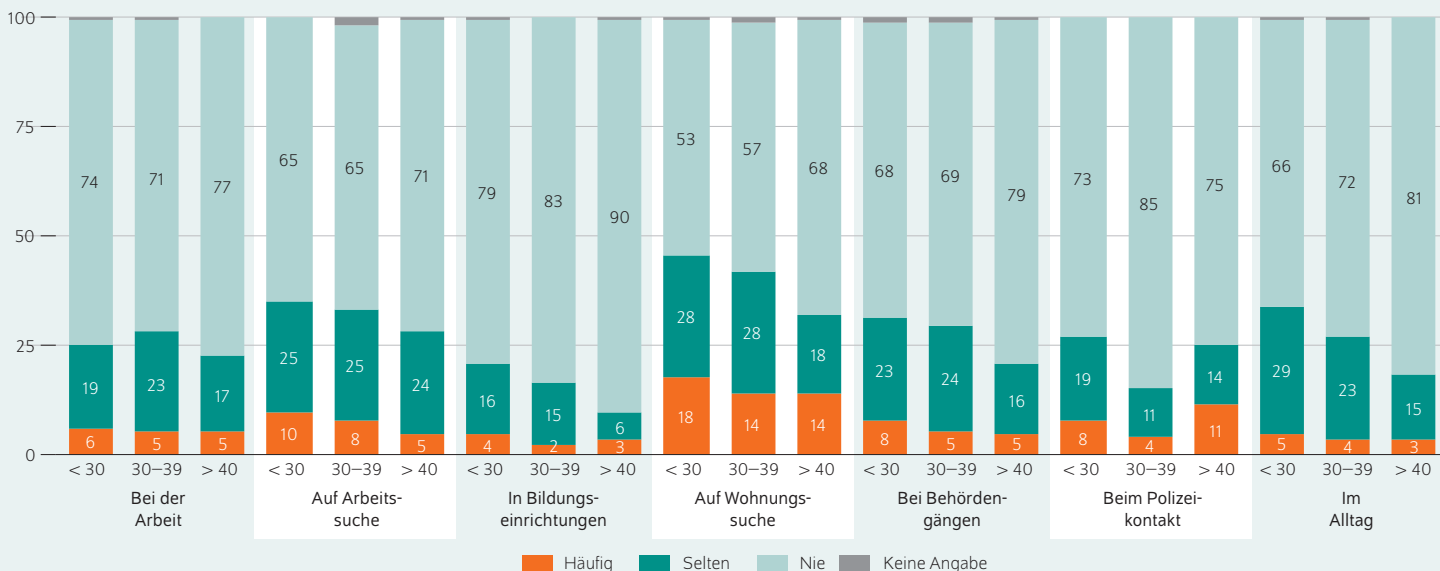
© DIW Berlin 2022

Im Osten Deutschlands waren Diskriminierungswahrnehmungen deutlich ausgeprägter als im Westen.

Abbildung 5

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft nach Altersgruppen im Jahr 2019

Anteile in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

© DIW Berlin 2022

Jüngere Geflüchtete fühlen sich stärker diskriminiert

auch bei der Wohnungssuche (49 versus 41 Prozent) und bei Behördengängen (36 versus 27 Prozent) nahmen Geflüchtete im Osten häufiger Diskriminierung wahr als jene im Westen Deutschlands. In Bezug auf den Polizeikontakt waren die Unterschiede klein und unbedeutsam. Generell zeigt sich somit, dass sich Geflüchtete in Ostdeutschland stärker Diskriminierung ausgesetzt sehen als jene in Westdeutschland.

Jüngere Geflüchtete fühlen sich stärker diskriminiert

Die Gruppe der befragten Geflüchteten ist insgesamt recht jung: Fast die Hälfte war im Jahr 2020 jünger als 30 Jahre, nur etwas über 20 Prozent waren 40 oder älter. Die Altersgruppen unterschieden sich vor allem darin, inwieweit sie am Arbeitsmarkt teilnahmen. So waren besonders viele Geflüchtete unter 30 Jahren auf Arbeitssuche (59 Prozent), in Arbeit (48 Prozent) und in Bildungseinrichtungen (33 Prozent). Die Anteile der anderen Altersgruppen, insbesondere die der über 40-Jährigen, waren teils erheblich niedriger. Dies lässt sich womöglich dadurch erklären, dass es für ältere Geflüchtete schwerer ist, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, da zum Beispiel das Erlernen der deutschen Sprache schwieriger ist oder heimische Qualifikationen nicht anerkannt werden. Zwar sind auch in den anderen Bereichen (Wohnungssuche, Behördengang, Polizeikontakt) jüngere Geflüchtete stärker vertreten, jedoch fallen die Unterschiede hier geringer aus.

Beim Blick auf die empfundene Diskriminierung nahmen jüngere Geflüchtete eher Benachteiligungen wahr (Abbildung 5). Dies zeigt sich besonders im Alltag, aber auch bei der Arbeitssuche, in Bildungseinrichtungen, bei der Wohnungssuche und bei Behördengängen. So sieht man in allen fünf Bereichen eine nach Alter abfallende Tendenz an wahrgenommener Diskriminierung. In den Bereichen Arbeit und Polizeikontakt sind die Muster weniger eindeutig. Dennoch deutet sich auch hier ein Alterseffekt in der wahrgenommenen Diskriminierung zumindest an.

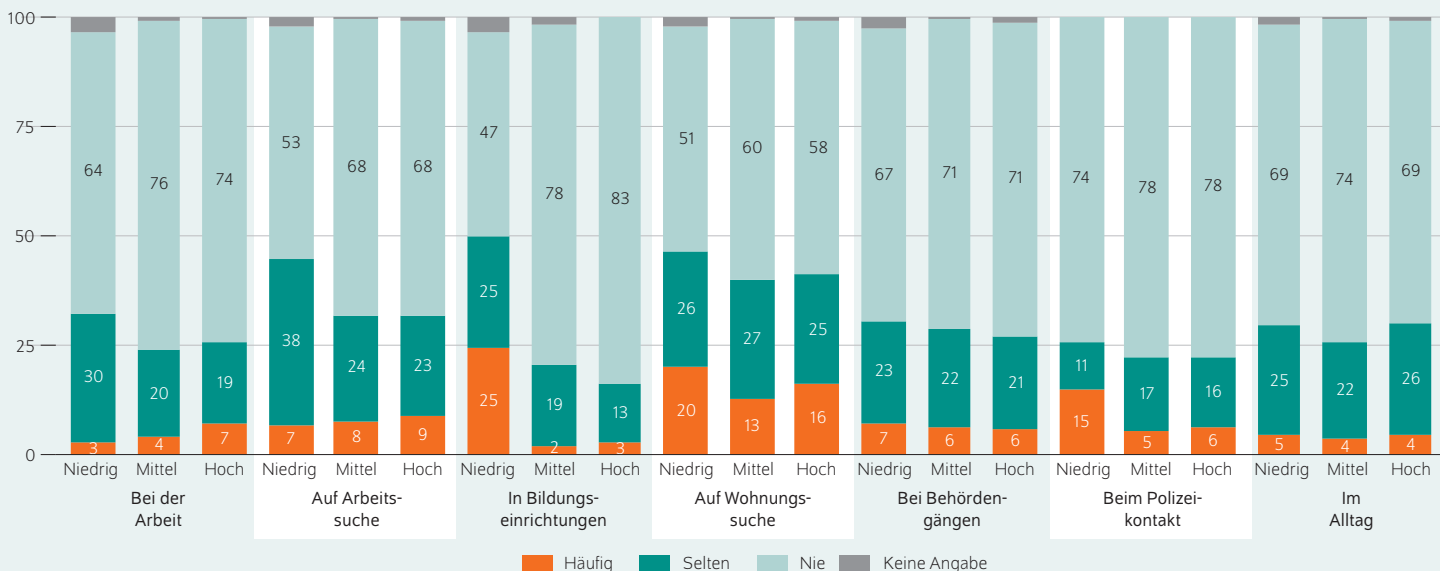
Geflüchtete mit besseren Deutschkenntnissen nehmen weniger Benachteiligung wahr

Ein wichtiges Kriterium für eine gelungene Integration Geflüchteter in Deutschland ist das Erlernen der deutschen Sprache. Dies erleichtert nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch die Partizipation in der Gesellschaft und das soziale Miteinander. Eben dieser Umstand zeigt sich auch in den Daten: Geflüchtete mit hohen Sprachfähigkeiten (nach Selbstangabe) sind deutlich häufiger in Arbeit, auf Arbeitssuche oder in einer Bildungseinrichtung als jene, die Deutsch schlechter verstehen, sprechen oder schreiben. Die Unterschiede bei der Partizipation in den anderen Lebensbereichen wie Wohnungssuche und Behördengängen sind dagegen kleiner, obwohl auch dort jene Geflüchtete, die besser Deutsch können, eher vertreten sind.

Abbildung 6

Wahrgenommene Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Herkunft nach Deutschkenntnissen im Jahr 2019

Anteile in Prozent



Anmerkungen: Die Deutschkenntnisse werden als Durchschnitt der eigenen Bewertung in den Sprech-, Schreib- und Lesekompetenzen gebildet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, gewichtet (Querschnitt 2019).

© DIW Berlin 2022

Geflüchtete mit schlechten Deutschkenntnissen empfanden in vielen Bereichen mehr Diskriminierung.

Man kann zudem sehen, dass Geflüchtete mit schlechteren Deutschkenntnissen in den meisten untersuchten Bereichen eher Diskriminierung empfanden als solche mit guten Deutschkenntnissen (Abbildung 6). Dies gilt insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und in Bildungseinrichtungen: Insgesamt berichteten im Jahr 2019 45 Prozent der Geflüchteten mit schlechten Sprachkenntnissen, die eine Arbeit suchten, von Diskriminierungserfahrungen. Auf dem Arbeitsmarkt waren es 33 Prozent und in Bildungseinrichtungen sogar 50 Prozent. Für die Gruppen mit mittleren oder hohen Sprachkenntnissen war der Anteil mit Diskriminierungserfahrungen dagegen sehr viel niedriger. Auch in den anderen Bereichen zeigt sich die grundsätzliche Tendenz, dass Geflüchtete, die schlechtere Deutschkenntnisse haben, eher von Diskriminierung berichteten. Nur im Alltag berichteten alle Gruppen von etwa ähnlich viel wahrgenommener Benachteiligung.

Fazit: Gestiegene wahrgenommene Benachteiligung in der Pandemie könnte die Integration Geflüchteter erschweren

Geflüchtete in Deutschland nahmen im Jahr 2020 in allen Vergleichsbereichen mehr Diskriminierung wahr als noch im Jahr 2019. Dies zeigt sich insbesondere bei denjenigen, die in einer Bildungseinrichtung eingeschrieben waren oder einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchten. Wesentlich verantwortlich dafür waren wohl die ökonomischen und

sozialen Verwerfungen im Zuge der Corona-Pandemie. Neben der rückläufigen Wirtschaftsleistung führte die Planungsunsicherheit in vielen Sektoren zu einem Einstellungsstopp und pandemiebedingten Kündigungen von Geflüchteten. Dies hat deren Wahrnehmung von Diskriminierung im Vergleich zum Vorjahr sehr wahrscheinlich massiv verstärkt. Darüber hinaus entfielen während der Pandemie viele Integrations-, Berufsbildungs- und Sprachkursmaßnahmen, die speziell für Geflüchtete vorgesehen waren. Auch dies kann dazu beitragen, dass sie Diskriminierung verstärkt erleben. Die Corona-Pandemie hat also Geflüchtete auf ihrem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe in Deutschland zurückgeworfen und dabei auch die wahrgenommene Diskriminierung erhöht. Im Hinblick auf zukünftige Krisen – seien sie wirtschaftlicher, militärischer oder gesundheitlicher Natur – ist es daher wichtig, politische Maßnahmen zu ergreifen, um Geflüchtete vor Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung zu schützen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Integration von Geflüchteten aufgehalten wird.

Bei der Frage, wie Geflüchtetengruppen Benachteiligungen unterschiedlich erleben, fallen zunächst geflüchtete Frauen auf. Frauen, die arbeiten oder nach Arbeit suchen, berichten von stärkerer Diskriminierung als erwerbstätige oder arbeitssuchende geflüchtete Männer. Die Gründe für diese Erfahrungen liegen bisher im Dunkeln. Möglich ist eine Mehrfachdiskriminierung durch den (potenziellen) Arbeitgeber, die Frauen und insbesondere Mütter häufig bei der

Arbeitssuche oder auf dem Arbeitsmarkt erfahren – und zwar unabhängig davon, ob sie geflüchtet sind oder nicht. Besorgniserregend ist die geringere Erwerbsbeteiligung Geflüchteter in Ostdeutschland. Sie fühlen sich zudem in allen untersuchten Lebensbereichen deutlich häufiger diskriminiert als Geflüchtete im Westen des Landes. Die Auswertungen können zwar nicht direkt Auskunft darüber geben, jedoch sind verschiedene Gründe denkbar: Einerseits könnte die höhere wahrgenommene Diskriminierung am angespannteren ostdeutschen Arbeitsmarkt liegen, in dem es für Geflüchtete schwieriger ist, Erwerbsarbeit zu finden. Andererseits könnte aber auch einfach die tatsächliche Diskriminierung gegenüber Geflüchteten in Ostdeutschland stärker sein.

Des Weiteren fühlen sich jüngere Geflüchtete grundsätzlich stärker von Diskriminierung betroffen als ältere. Dies lässt sich vermutlich damit erklären, dass jüngere Geflüchtete sensibler auf wahrgenommene Benachteiligungen reagieren als ältere, weil sie womöglich eher erwarten, gleichbehandelt zu werden.

Zuletzt zeigt sich, dass die Geflüchteten mit geringeren Sprachkenntnissen über mehr Diskriminierung berichteten.

Dieser Befund überrascht wenig, wenn man bedenkt, dass eine funktionierende Kommunikation für alle betrachteten Lebensbereiche essenziell ist. Dies unterstützt die Notwendigkeit, auch weiterhin in Sprachförderung zu investieren.

Langfristig erschwert wahrgenommene Diskriminierung die Integration von Geflüchteten, da sich Menschen mit Diskriminierungserfahrungen vermehrt aus den Bereichen zurückziehen, wo sie Diskriminierung erfahren, zum Beispiel vom Arbeitsmarkt oder aus dem gesellschaftlichen Leben. Deshalb ist es wichtig, gezielt in staatliche Maßnahmen zu investieren, die die Integration von Geflüchteten verbessern. Das gilt auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Fluchtbewegung aus der Ukraine, die die Gesellschaft vor eine weitere Integrationsaufgabe stellt, falls ukrainische Schutzsuchende auf Dauer in Deutschland leben. Dies sollte nicht auf Kosten bereits ansässiger Geflüchteter gehen, zum Beispiel indem diese gegenüber Ukrainerinnen und Ukrainern bei der Teilnahme von Sprach- und Integrationskursen benachteiligt werden. Vielmehr sollte man sich bemühen, die Integration aller Geflüchteten zu berücksichtigen, um deren soziale und wirtschaftliche Teilhabe zu sichern.

Adriana Cardozo Silva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | acardozosilva@diw.de

Christopher Prömel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin | christopher.proemel@fu-berlin.de

Sabine Zinn ist Bereichsleiterin Surveymethodik und -management der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | szinn@diw.de

JEL: A14, J15, J71, Z13

Keywords: Perceived Discrimination, Refugees, Integration

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 17+18/2022:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Adriana Cardozo Silva, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.

„Integration von Geflüchteten darf in Krisenzeiten nicht in Hintergrund rücken“

1. **Frau Cardozo Silva, viele Geflüchtete fühlen sich in verschiedenen Lebensbereichen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Hat die von den Geflüchteten wahrgenommene Diskriminierung in den vergangenen Jahren zu- oder abgenommen?** Die Analyse der Daten zeigt, dass die wahrgenommene Benachteiligung im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 in den Bereichen Arbeitssuche, Bildungseinrichtungen, Arbeitsplatz oder Ausbildung und Alltagsleben deutlich zugenommen hat.
2. **In welchen Lebensbereichen wird eine Diskriminierung besonders stark wahrgenommen?** Vor der Corona-Pandemie nahmen Geflüchtete in Deutschland eine besonders starke Diskriminierung in den Bereichen Wohnungssuche und Arbeitsmarkt wahr. Im Jahr 2020 hat die wahrgenommene Diskriminierung am stärksten in den Bereichen Bildungseinrichtungen und Arbeitssuche zugenommen.
3. **Was könnten die Ursachen für diesen Anstieg sein?** Es gibt mehrere mögliche Gründe: Zum einen erschwerten zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 die Eindämmungsmaßnahmen die nötige Kommunikation und Interaktion von und mit Geflüchteten, um Bildungs- und Integrationsmaßnahmen durchzuführen. Außerdem arbeiteten Geflüchtete häufiger als Einheimische in befristeten Arbeitsverhältnissen, mit reduzierten Arbeitszeiten oder in Berufen, die nicht in das Homeoffice verlegt werden konnten. Daher waren sie von den Kürzungen, Entlassungen und Einstellungsstopps viel stärker betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Zum anderen gibt es Evidenz dafür, dass Geflüchtete angesichts der Angst und Unsicherheit, die die Pandemie verursacht hat, Zielscheibe fremdenfeindlicher Diskurse und Gewalt geworden sind.
4. **Welche Rolle spielen dabei Geschlecht und Alter, aber auch andere Faktoren wie zum Beispiel der Bildungsstand?** Unsere Analyse zeigt, dass geflüchtete Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, häufiger Diskriminierung erleben als erwerbstätige, geflüchtete Männer. Das gilt auch für

die Arbeitssuche. Zudem nehmen jüngere Geflüchtete eher Benachteiligungen wahr als ältere. Dies zeigt sich besonders im Alltag, aber auch bei der Arbeits- und Wohnungssuche, in Bildungseinrichtungen und bei Behördengängen. Auch empfanden Geflüchtete mit schlechteren Deutschkenntnissen in den meisten untersuchten Bereichen eher Diskriminierung als solche mit guten Deutschkenntnissen.

5. **Gibt es Regionen in Deutschland, in denen Geflüchtete Diskriminierung stärker oder schwächer wahrnehmen?** Geflüchtete in Ostdeutschland nahmen Diskriminierung häufiger wahr als jene in Westdeutschland. Das zeigt sich insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt, auf dem in Ostdeutschland weniger Geflüchtete tätig sind als im Westen. Da aber der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland angespannter ist, kann dies einen großen Einfluss auf die hier wahrgenommene und auch tatsächliche Diskriminierung haben.
6. **Was könnte oder müsste getan werden, damit Geflüchtete weniger Benachteiligung erfahren?** Es ist wichtig, weiterhin gezielt in staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Geflüchteten zu investieren. Dazu gehören zum Beispiel vertiefende Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse sowie auch Beratungen, die es Geflüchteten ermöglichen, fehlende soziale Netzwerke und Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu kompensieren. Es ist auch wichtig, die Arbeitsbedingungen der Geflüchteten zu verbessern, damit der Integrationsprozess in Krisenzeiten fortgesetzt werden kann und Geflüchtete im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen nicht benachteiligt werden. Und angesichts der neuen Fluchtbewegung aus der Ukraine braucht das System ein gewisses Maß an Flexibilität, weil nicht vorhersehbar ist, wie viele Geflüchtete künftig nach Deutschland kommen und bleiben werden.

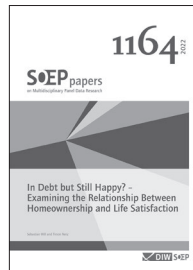
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1164

2022 | Sebastian Will, Timon Renz



In Debt but Still Happy? – Examining the Relationship Between Homeownership and Life Satisfaction

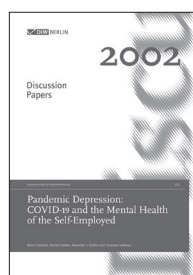
We investigate the relationship between homeownership and life as well as housing satisfaction. Using panel data from Germany, we find that compared to renting, owning a home positively impacts housing satisfaction. Contrarily, we find no significant effects on life satisfaction in the long-term. Analysing short-term effects in an event-study design, we show that both life and housing satisfaction anticipate the event and adapt shortly after. Debt-free buyers, however, do not experience anticipation or adaptation effects at all. Comparing outright homebuyers to debt-financing owners, we show that having a real estate loan impacts homeowners' life satisfaction negatively. Paying off a loan does not differently affect the housing satisfaction of both types of buyers. We conclude that the negative effect of loan payments on life satisfaction offsets the positive impact of homeownership.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2002

2022 | Marco Caliendo, Daniel Graeber, Alexander S. Kritikos, Johannes Seebauer



Pandemic Depression: COVID-19 and the Mental Health of the Self-Employed

We investigate the effect of the COVID-19 pandemic on self-employed people's mental health. Using representative longitudinal survey data from Germany, we reveal differential effects by gender: whereas self-employed women experienced a substantial deterioration in their mental health, self-employed men displayed no significant changes up to early 2021. Financial losses are important in explaining these differences. In addition, we find larger mental health responses among self-employed women who were directly affected by government-imposed restrictions and bore an increased childcare burden due to school and daycare closures. We also find that self-employed individuals who are more resilient coped better with the crisis.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



DIW aktuell Nr. 84

2022 | Christian Hauenstein, Karlo Hainsch, Philipp Herpich, Christian von Hirschhausen, Franziska Holz, Claudia Kemfert, Mario Kendzioriski, Pao-Yu Oei, Catharina Rieve



Stromversorgung auch ohne russische Energielieferungen und trotz Atomausstiegs sicher – Kohleausstieg 2030 bleibt machbar

20. April 2022 – Mit einem Kohle-Embargo erhöht die Europäische Union den Druck auf Russland. Nach einer Übergangsfrist soll im August keine russische Kohle mehr importiert werden. Jüngere Studien zeigen, dass Deutschland die Einfuhren aus Russland bis zum Sommer durch Importe aus anderen Ländern ersetzen kann. Da aber auch ein Aus für die russischen Erdgaslieferungen droht, müssen Pläne zur Versorgungssicherheit entwickelt werden. Das DIW Berlin hat in Szenariorechnungen analysiert, wie das deutsche Stromsystem auf einen Stopp russischer Energielieferungen (insbesondere Kohle und

Erdgas) reagieren kann, ohne den beschleunigten Kohleausstieg beziehungsweise den Atomausstieg 2022 in Frage zu stellen. Es zeigt sich, dass im kommenden Jahr 2023 auch ohne russische Energielieferungen eine sichere Stromversorgung möglich ist; die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke kann und sollte wie geplant im Dezember 2022 erfolgen. Kurzfristig müssen Kohlekraftwerke aus der Netzreserve genutzt und die Sicherheitsbereitschaft einiger Kraftwerke verlängert werden. Mittelfristig ist bei dem von der Bundesregierung im Osterpaket angestrebten beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien ein rückläufiger Bedarf an Erdgas- und Kohleverstromung bis 2030 zu beobachten. Somit bleibt das im Koalitionsvertrag angestrebte Ziel eines auf 2030 vorgezogenen Kohleausstiegs erreichbar.

Neben erheblichen Mengen an Erdgas importierte Deutschland bisher auch rund 60 Prozent seiner gesamten Kohleimporte aus Russland (18 Millionen Tonnen im Jahr 2019, ohne Kokssteinkohle). Diese Kohleimporte sollen bis August 2022 vollständig beendet werden. Darüber hinaus muss bei einem Ausfall russischer Erdgaslieferungen neben der Wärmeerzeugung auch die Stromproduktion auf Versorgungssicherheit geprüft werden. Parallel dazu hat die Bundesregierung bereits vor dem Ukraine-Krieg angekündigt, den Ausbau erneuerbarer Energien erheblich zu beschleunigen und dieses Vorhaben im sogenannten Osterpaket konkretisiert. Bis 2030 soll der Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion 80 Prozent betragen und bis 2035 auf 100 Prozent steigen. Zur Kompensation der Erdgasverstromung muss sowohl auf erneuerbare Energien sowie zeitweise auf zusätzliche Verstromung von Stein- und Braunkohle zurückgegriffen werden. Das vorliegende DIW aktuell analysiert zuerst die Auswirkungen des Kohle-Embargos gegen Russland auf die europäische Steinkohleversorgung und geht auf aktuelle Diskussionen bezüglich des Kohleausstiegs in Deutschland ein. Danach erfolgen sowohl eine Betrachtung der kurzfristigen Effekte eines möglichen Energielieferstopps aus Russland für den deutschen Strommarkt für das Jahr 2023 als auch eine Analyse der mittelfristigen Effekte bis Anfang der 2030er Jahre.

www.diw.de/de/diw_01.c.620241.de/publikationen/diw_aktuell.html





MARCEL FRATZSCHER

Frankreich-Wahl: Kein guter Tag für Europa

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

„Ein guter Tag für Europa“ war der Tenor nach dem Wahlsieg Emmanuel Macrons in Frankreich am vergangenen Sonntag. Aber kann man davon wirklich sprechen, wenn fast 42 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme der rechtsradikalen Kandidatin Marine Le Pen gegeben haben und sich damit für Rassismus und Ausgrenzung und gegen Europa und Integration ausgesprochen haben?

Die Wahlen in Frankreich sollten auch in Deutschland als Weckruf wahrgenommen werden und als Aufforderung, dass die westlichen Demokratien sich grundlegend wandeln müssen. Denn ein zentraler Grund für die Unzufriedenheit vieler Wählerinnen und Wähler, nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen europäischen Staaten, ist die große Unzufriedenheit über die zunehmende soziale Polarisierung, die durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine nochmals deutlich verschärft wird. Politik und Gesellschaft müssen daher eine ehrliche Bestandsaufnahme wagen und verstehen, wo die zunehmende Ablehnung moderater und demokratischer Kräfte auch im Westen ihren Ursprung hat. Auch in Frankreich haben die Wahlen verdeutlicht, dass die soziale Polarisierung, die gefühlte Hoffnungslosigkeit und Frustration mit der wirtschaftlichen und politischen Lage immer mehr Menschen in die Arme von Populisten treibt. Dies könnte sich angesichts der hohen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in den nächsten beiden Jahren nochmals verschärfen.

Die Erwartung an Bundeskanzler Scholz und die Bundesregierung ist, dass sie anders als ihre Vorgänger nicht Emmanuel Macron und Frankreich die kalte Schulter zeigen, sondern die ausgestreckte Hand ergreifen, um die Europäische Union gemeinsam grundlegend zu reformieren. Dazu gehört vor allem, die zunehmende soziale Polarisierung innerhalb Europas zu adressieren. Dafür muss ein sozialeres Europa in den Mittelpunkt der Agenda der EU rücken. Dies erfordert gemeinsame Standards in den Sozialsystemen, welche sicherstellen, dass überall in Europa die verletzlichsten Mitglieder der Gesellschaft einen ausreichenden Schutz und eine wirkliche Chance auf soziale Teilhabe haben.

Zum zweiten verdeutlicht der Krieg gegen die Ukraine, wie dringend Europa eine gemeinsame Sicherheitspolitik und allen voran eine gemeinsame Armee benötigt. Deutschland gibt nicht viel weniger Geld für Verteidigung aus als Russland, hat aber eine dysfunktionale und kaum einsatzfähige Bundeswehr. Eine gemeinsame Armee mit einer paneuropäischen Beschaffung würde die Sicherheit Europas deutlich stärken, ohne dass sehr viel mehr Geld in Verteidigung fließen müsste. Die Schaffung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ist dann ein Fehler, wenn dieses Geld in einem rein nationalen Kontext mit rein nationaler Beschaffung wohl nicht grundlegend etwas an der mangelnden Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ändern würde.

Eine dritte Priorität für Scholz und Macron sind die Reformen der Wirtschaftspolitik und des Klimaschutzes. Wir sollten in Deutschland mit dem Krieg gegen die Ukraine endlich verstehen, dass wir unsere Abhängigkeit von Russland und China reduzieren müssen und dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft von der Frage abhängt, wie gut und attraktiv die Standortbedingungen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa sind. Zudem braucht es, damit sich alle europäischen Länder wirtschaftlich erholen können, eine Neuaufgabe oder zumindest deutliche Stärkung des Wiederaufbaufonds und auch grundlegende Reformen der Maastricht-Kriterien und Schuldenregeln. Nur so kann sichergestellt werden, dass einerseits die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen gesichert ist und andererseits wichtige Zukunftsinvestitionen in die soziale, ökologische und digitale Transformation fließen können.

Deutschland braucht Frankreich und Europa heute mehr denn je. Jetzt ist der Zeitpunkt für die Bundesregierung, mutig voranzugehen und die deutsch-französische Partnerschaft wieder zum Motor der Modernisierung Europas zu machen.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 27. April 2022 bei t-online.de erschienen.